



**FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG** Für die Freiheit.



ERFOLGSFAKTOREN DER **SOZIALEN** **MARKTWIRTSCHAFT**

Dr. Daniel Nientiedt

Impressum

Herausgeber

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Truman-Haus
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam-Babelsberg

✉/freiheit.org

f/FriedrichNaumannStiftungFreiheit

📺/FNFreiheit

Autor

Dr. Daniel Nientiedt,
New York University und Walter Eucken Institut

Redaktion

Justus Lenz, Ruben Dieckhoff, Julia Ebenauer
Liberales Institut/Fachbereich Internationales
der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Kontakt

Telefon +49 30 220126-34
Telefax +49 30 690881-02
E-Mail service@freiheit.org

Stand

Oktober 2020

Hinweis zur Nutzung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).

Lizenz

Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)

ISBN

978-3-95937-018-9

Inhalt

1. GRUNDPRINZIPIEN DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT	4
1.1 Das wirtschaftspolitische Konzept der Freiburger Schule	4
1.2 Das Soziale in der Sozialen Marktwirtschaft	6
2. DIE ENTWICKLUNG DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT IN DEUTSCHLAND	7
2.1 Frühe Bundesrepublik und Wirtschaftswunder	7
2.2 Die Entwicklung von 1966 bis heute	8
3. MERKMALE UND ERFOLGSFAKTOREN DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT	9
3.1 Merkmale der Sozialen Marktwirtschaft	9
3.2 Soziale Marktwirtschaft in der Praxis: Der Mittelstand	10
4. AUSBLICK: ORDNUNGSPOLITIK ALS STÄNDIGE AUFGABE	11
LITERATURVERZEICHNIS	13

1. Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft

1.1 Das wirtschaftspolitische Konzept der Freiburger Schule

Die Soziale Marktwirtschaft ist das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland, das nach Ende des Zweiten Weltkriegs eingeführt wurde. Das ihr zugrundeliegende wirtschaftspolitische Konzept wurde jedoch bereits in den 1930er und 1940er Jahren entwickelt. Es handelt sich um den Ordoliberalismus der Freiburger Schule, der als Reaktion auf die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Zwischenkriegszeit – wie Inflation und Massenarbeitslosigkeit – verstanden werden muss.

Die Freiburger Schule war eine Forschungs- und Lehrgemeinschaft von Volkswirten und Juristen an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Ihr wichtigster Vertreter war der Ökonom Walter Eucken (1891–1950). Der Ordoliberalismus ist die deutsche Variante des Neoliberalismus. Beide entstanden in Abgrenzung zum *Laissez faire*-Liberalismus des neunzehnten Jahrhunderts.¹ Zwar stellte auch für Eucken und seine Kollegen die Freiheit des Individuums den höchsten politischen Wert dar. Allerdings waren sie der Ansicht, dass eine funktionierende Marktwirtschaft eine aktive Rolle des Staates voraussetzt.

Im Mittelpunkt des theoretischen Ansatzes der Freiburger Schule steht der Begriff der Wirtschaftsverfassung. Die Wirtschaftsverfassung ist die Gesamtheit aller (rechtlichen) Regeln und Institutionen, die das wirtschaftliche Leben bestimmen (Eucken 1940/1989). Eucken verwendet dafür auch die Metapher der „Spielregeln“ des Marktes. Während Ökonomen normalerweise die Frage untersuchen, wie sich Menschen innerhalb gegebener Spielregeln verhalten, fragt die Freiburger Schule, wie sich unterschiedliche Spielregeln auf das Handeln der Beteiligten auswirken. Die wirtschaftliche Bedeutung von Institutionen wurde in jüngerer Zeit beispielsweise auch von den Vertretern der Neuen Institutionenökonomik (z. B. Douglass North) sowie der Verfassungsökonomik (z. B. James M. Buchanan) untersucht.

In der Wirtschaftspolitik unterscheidet die Freiburger Schule zwischen zwei verschiedenen Arten von Staatseingriffen. Zum einen kann der Staat Marktergebnisse durch Gesetzgebung beeinflussen. Dieses Vorgehen wird als Ordnungspolitik bezeichnet. Zum anderen kann er direkt ins Marktgeschehen eingreifen. Diese Art der Wirtschaftspolitik heißt Prozesspolitik. Eine zentrale Aussage der Freiburger Schule besteht darin, dass die Ordnungspolitik der Prozesspolitik grundsätzlich vorzuziehen ist.

Ordnungspolitische Eingriffe bieten zwei wesentliche Vorteile. Erstens bleibt die Funktionsweise des Marktes erhalten. Das Verhalten der Marktteilnehmer wird weiterhin über das Preissystem koordiniert, was eine optimale Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen gewährleistet. Zweitens wird die Freiheit der Bürger möglichst wenig eingeschränkt. Innerhalb des Regelrahmens kann jeder Mensch seine eigenen Ziele verfolgen.

Die Betonung der Freiheit im Werk Euckens ist nicht zuletzt auf die historische Erfahrung des Nationalsozialismus zurückzuführen. Als evangelischer Christ und Liberaler lehnte Eucken die nationalsozialistische Ideologie von Anfang an ab. Zusammen mit dem Juristen Franz Böhm (1895–1977) und anderen engagierte er sich in den oppositionellen „Freiburger Kreisen“ und formulierte Ideen für eine freiheitliche und marktwirtschaftliche Nachkriegsordnung (Rieter und Schmolz 1993).

Euckens posthum veröffentlichtes Hauptwerk *Grundsätze der Wirtschaftspolitik* (1952/2004) enthält konkrete Vorschläge, wie der Staat durch ordnungspolitische Maßnahmen sowohl den materiellen Wohlstand als auch die Freiheit seiner Bürger zu sichern vermag. Euckens ideale Wirtschaftsverfassung ist die sogenannte Wettbewerbsordnung. Er beschreibt sie anhand von sieben konstituierenden und vier regulierenden Prinzipien, die im Folgenden einzeln dargestellt werden sollen. Grundlagen für die Funktionsweise einer freien Marktwirtschaft sind zunächst die sieben konstituierenden Prinzipien (ibid, S. 254–291).

1. Grundprinzip. Das Grundprinzip ist die Herstellung eines funktionsfähigen Preissystems unter Wettbewerbsbedingungen. Das Preissystem vermittelt Informationen über die relative Knappheit von Gütern und dient als Grundlage für wirtschaftliche Entscheidungen. Die Lenkung des Wirtschaftsprozesses erfolgt dezentral durch die Konsumenten.

2. Primat der Währungspolitik. Veränderungen des Geldwerts in Form von Inflation oder Deflation gefährden die Informationsfunktion der Preise. Eine stabile Währung ist Voraussetzung für verlässliche Preissignale, funktionierender Kreditmärkte und langfristige Sparpläne.

3. Offene Märkte. Vorschriften und Bestimmungen, die Konkurrenten den Zutritt zum Markt erschweren, sollen abgebaut werden. Dies gilt sowohl innerhalb einer Volkswirtschaft (z. B. Konzessionen) als auch für den internationalen Handel (z. B. Zölle).

¹ Die historische Bedeutung des Begriffs Neoliberalismus entspricht nicht seiner heutigen Verwendung als politisches Schlagwort (im Sinne von Marktradikalismus).

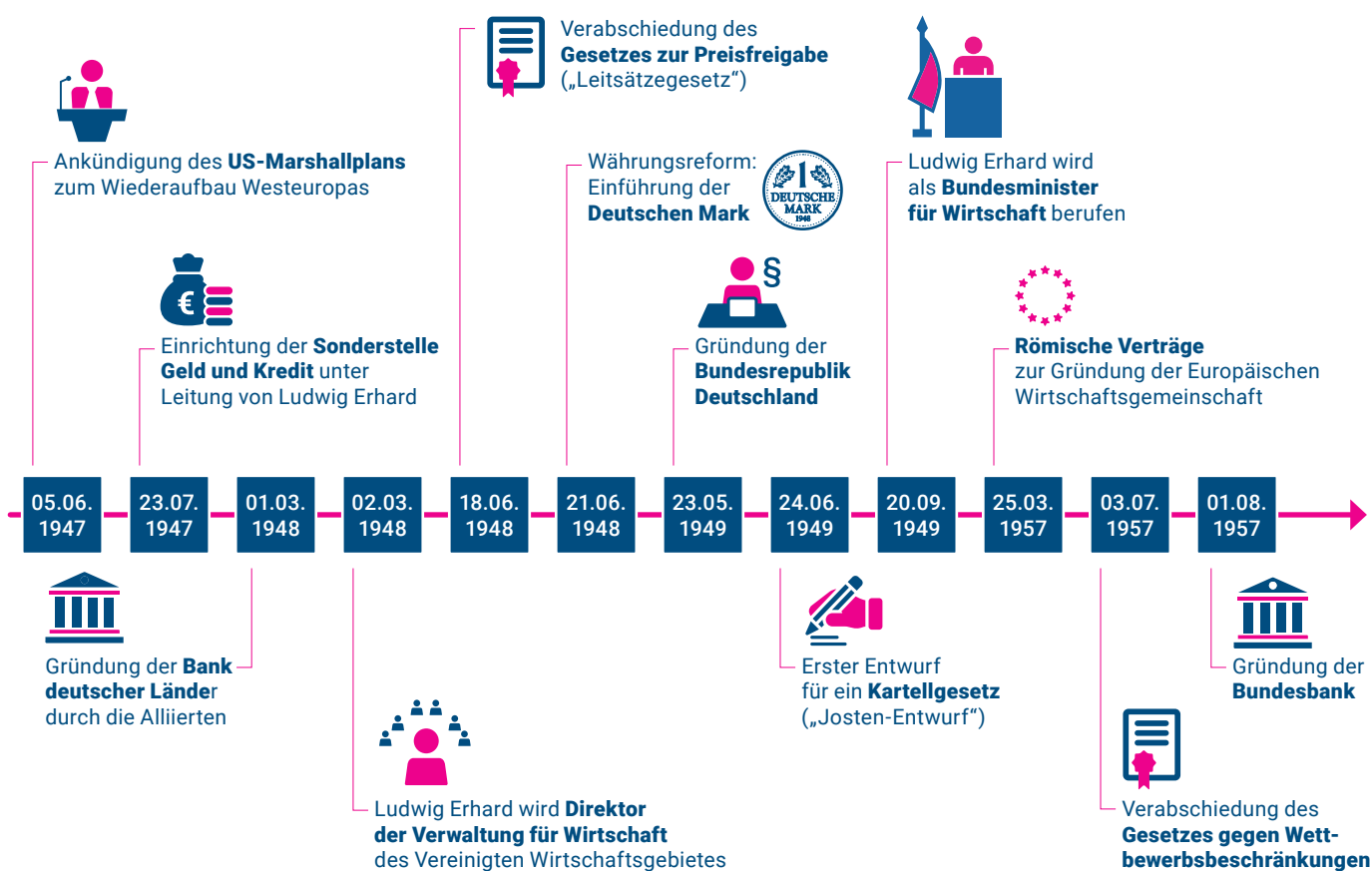
4. Privateigentum. Privateigentum sichert die Handlungsfreiheit des Individuums. Unter Wettbewerbsbedingungen werden private Produktionsmittel so eingesetzt, dass sie allen Mitgliedern der Gesellschaft zugutekommen.

5. Vertragsfreiheit. Jeder darf im Rahmen der gesetzlichen Regelungen Verträge schließen und seinen Beruf frei wählen. Die Vertragsfreiheit darf jedoch nicht dazu missbraucht werden, Verträge zu schließen, die den Wettbewerb behindern (z. B. Kartellverträge).

6. Haftung. Jeder soll Verantwortung für sein wirtschaftliches Handeln übernehmen. Verluste dürfen nicht auf die Allgemeinheit abgewälzt werden. Nur so funktioniert die Belohnungs- oder Bestrafungsfunktion des Marktes.

7. Konstanz der Wirtschaftspolitik. Die wirtschaftlichen Pläne der Menschen basieren auf Erwartungen über die Zukunft. Wirtschaftspolitik soll für verlässliche Rahmenbedingungen sorgen, damit langfristige Investitionsvorhaben umgesetzt werden können.

Abb. 1 | Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft



Eucken war sich bewusst, dass wettbewerblich organisierte Märkte auch versagen können. Die konstituierenden Prinzipien der Wettbewerbsordnung werden daher um vier regulierende Prinzipien ergänzt, die Störungen entgegenwirken (ibid, S. 291–304).

1. Monopolkontrolle. Eine Wettbewerbsbehörde soll die Entstehung von schädlichen wirtschaftlichen Machtpositionen verhindern, insbesondere von Kartellen und Monopolen. Im Fall, dass sich ein Monopol nicht auflösen lässt, muss sein Verhalten reguliert werden.

2. Einkommenspolitik. Einkommen sollen in einem gewissen Maße umverteilt werden, um die Bedürfnisse der Ärmsten in der Gesellschaft zu befriedigen. Das Prinzip impliziert die Einrichtung einer Grundsicherung im Sinne eines gesellschaftlichen Existenzminimums.

3. Wirtschaftsrechnung. Negative Auswirkungen wirtschaftlicher Tätigkeit auf Dritte – z. B. Umweltverschmutzung – sollen in die Kalkulation der Unternehmen aufgenommen und damit reduziert werden. Dies erfolgt typischerweise durch eine Lenkungsabgabe („Pigou-Steuer“).

4. Anomales Verhalten des Angebots. Wenn der Arbeitsmarkt nicht den Gesetzen von Angebot und Nachfrage folgt, kann der Staat korrigierend eingreifen. Falls sinkende Löhne zu einer Ausweitung des Arbeitsangebots führen, müsste ein Mindestlohn geschaffen werden.

Bei der Anwendung der konstituierenden und regulierenden Prinzipien ist zu beachten, dass zwischen den Spielregeln der Wirtschaft und anderen gesellschaftlichen Bereichen eine Interdependenz besteht. Beispielsweise kann die wirtschaftliche Freiheit der Wettbewerbsordnung durch mangelnde politische Freiheit gefährdet werden (ibid, S. 332–334). Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und ein demokratisches Gemeinwesen hingegen unterstützen die Funktionsweise der Wettbewerbsordnung.



Weiterführende Literatur

- **Dold, M., Krieger, T.** 2020. Ordoliberalism and European Economic Policy: Between Realpolitik and Economic Utopia, Abingdon, Routledge.
- **Goldschmidt, N., Wohlgenuth, M.** 2008. Social Market Economy: Origins, Meanings and Interpretations, Constitutional Political Economy 19 (3), S. 261–276.
- **Vanberg, V. J.** 2004. The Freiburg School: Walter Eucken and Ordoliberalism, Freiburg Discussion Papers on Constitutional Economics 04/11, Freiburg.

1.2 Das Soziale in der Sozialen Marktwirtschaft

Die oben genannten Prinzipien bilden die Voraussetzung für eine funktionierende Marktwirtschaft mit fairem Wettbewerb und wirtschaftlicher Dynamik. Ein solches Wirtschaftssystem schafft materiellen Wohlstand und erfüllt auf diese Weise eine wichtige soziale Funktion. Die Soziale Marktwirtschaft ist schon deshalb sozial zu nennen, weil sie das Problem der Güterknappheit bestmöglich löst. Der Markt versorgt die Menschen entsprechend ihrer Präferenzen mit Produkten und Dienstleistungen, deren Preise durch den Wettbewerb tendenziell sinken. Erst an zweiter Stelle tritt daneben die Sozialpolitik.

Das sozialpolitische Element der Sozialen Marktwirtschaft wurde von Alfred Müller-Armack (1901–1978) präzisiert. Müller-Armack war ab 1952 Mitglied der Grundsatzabteilung des Bundeswirtschaftsministeriums und in dieser Funktion für die politische Umsetzung der Freiburger Ideen mitverantwortlich. Er prägte den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft und definierte ihn wie folgt: „*Sinn der Sozialen Marktwirtschaft ist es, das Prinzip der Freiheit auf dem Markte mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden*“ (Müller-Armack 1956/1976, S. 243). Dies entspricht der heutigen Lesart des Konzepts. So charakterisiert Bundeskanzlerin Angela Merkel die Soziale Marktwirtschaft als eine Wirtschafts- und Sozialordnung, die „*wirtschaftliche Kraft und sozialen Ausgleich miteinander verbindet*“ (Merkel 2014).

Wie soll der soziale Ausgleich erfolgen? Ebenso wie Eucken war Müller-Armack der Ansicht, dass dem Schutz des Wettbewerbs eine hohe Bedeutung zukommt. Sozialpolitische Maßnahmen sollen daher nicht direkt ins Marktgeschehen eingreifen, sondern marktkonform durchgeführt werden.

Marktkonformität bedeutet dabei insbesondere, dass der Preismechanismus erhalten bleibt: „*Gegenüber sozialpolitischen Eingriffen, die die Preisbildung selbst berühren, scheint es richtiger zu sein, einen direkten Einkommensausgleich zwischen hohen und niedrigen Einkommen durch eine unmittelbare Einkommensumleitung vorzunehmen*“ (Müller-Armack 1946/1976, S. 132).

Welche sozialpolitischen Maßnahmen zu ergreifen sind, wird von Müller-Armack nicht im Detail beschrieben. Er deutet aber an, dass dies eine politisch zu klärende Frage darstellt, deren Beantwortung in verschiedenen Kontexten unterschiedlich ausfallen mag. Denn entscheidend für die Ausgestaltung der sozialpolitischen Elemente der Sozialen Marktwirtschaft sind laut Müller-Armack die vorherrschenden Gerechtigkeitsvorstellungen in einer Gesellschaft sowie der Wunsch der Bürger nach sozialer Sicherheit (Müller-Armack 1978, S. 327).

Müller-Armacks Konzept leistete einen wichtigen Beitrag zur politischen Akzeptanz des marktwirtschaftlichen Systems in Deutschland. In der Nachkriegszeit war die Einführung der Marktwirtschaft nicht unumstritten; auch gemeinwirtschaftliche oder sozialistische Ansätze standen zur Diskussion. Doch schon Mitte der 1950er Jahre notierte Müller-Armack: „*Die Grundannahme der Sozialen Marktwirtschaft, daß es möglich sein müsse, bei breitesten Schichten Zutrauen zu den sozialen Leistungen der Marktwirtschaft zu gewinnen, wurde inzwischen bestätigt*“ (Müller-Armack 1956/1976, S. 248). In diesem Sinne kann man den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft als eine „politische Integrationsformel“ (Zweynert 2008) verstehen. Er macht Skeptiker der Marktwirtschaft darauf aufmerksam, dass wirtschaftliche Dynamik und sozialer Ausgleich keine Gegensätze sind.²

² Dies gilt insbesondere deshalb, weil eine steigende Wirtschaftsleistung Verteilungskonflikte entschärft und mehr finanzielle Spielräume für Sozialpolitik schafft.

2. Die Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland

2.1 Frühe Bundesrepublik und Wirtschaftswunder

Neben Müller-Armack war es insbesondere Ludwig Erhard (1897–1977), der die wirtschaftspolitischen Empfehlungen der Freiburger Schule in die Praxis überführte. Erhard war ab 1948 Direktor für Wirtschaft in der britisch-amerikanischen Besatzungszone, von 1949 bis 1963 Wirtschaftsminister und von 1963 bis 1966 Kanzler der Bundesrepublik. Er war verantwortlich für die rasche und entschlossene Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien im Deutschland der Nachkriegszeit. Den Anspruch an die eigene Wirtschaftspolitik fasste Erhard unter dem Slogan „Wohlstand für Alle“ (Erhard 1957) zusammen.

Als Geburtsstunde der Sozialen Marktwirtschaft gelten die wirtschaftspolitischen Weichenstellungen im Sommer 1948. Parallel zur Einführung der Deutschen Mark durch die Alliierten am 21. Juni 1948 erließ Erhard ein Gesetz zur Preisfreigabe („Leitsatzgesetz“), das aus der Feder von Euckens Schüler Leonhard Miksch stammte. Innerhalb kürzester Zeit füllten sich die Schaufenster mit Waren, die zuvor gehortet oder auf dem Schwarzmarkt gehandelt worden waren. Die

Erhardsche Reform sorgte dafür, dass das Warenangebot wieder über den Preismechanismus koordiniert wurde.

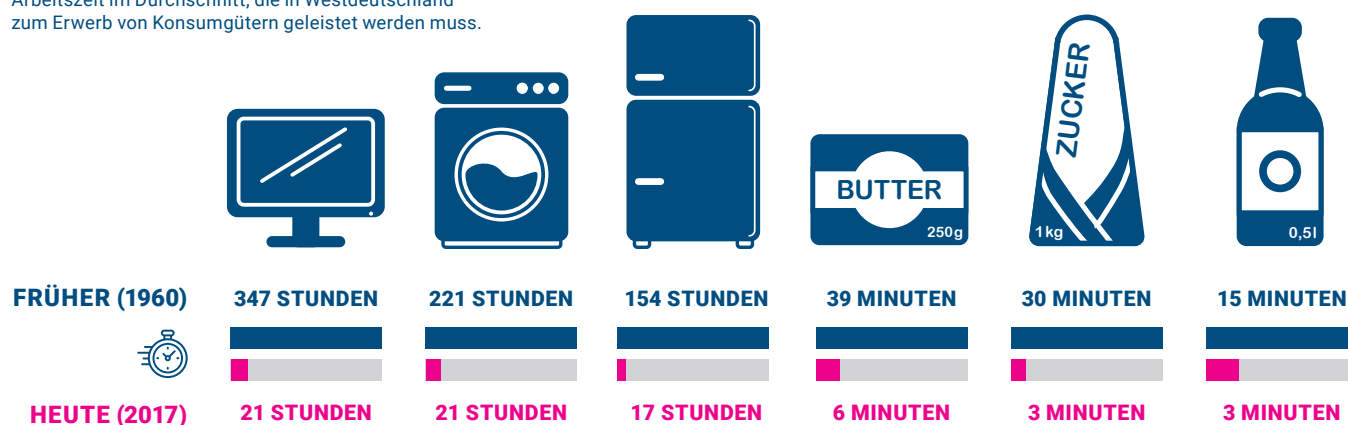
Diese Ereignisse markierten den Beginn einer langen Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs in Westdeutschland, die manchmal als Wirtschaftswunder bezeichnet wird. Zwischen 1948 und 1960 wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt durchschnittlich um 9,3 Prozent pro Jahr (Spoerer und Streb 2013, S. 219). Die Arbeitslosenquote sank von 11 Prozent im Jahr 1950 auf 1,3 Prozent im Jahr 1960, was Vollbeschäftigung entspricht (Bundesagentur für Arbeit 2020). Auf weltpolitischer Ebene wurde die junge Bundesrepublik zunehmend in westliche Bündnis- und Handelsstrukturen integriert, was zu einem sprunghaften Anstieg des Exports führte. Das Wirtschaftswunder war nicht zuletzt ein „Exportwunder“ (Spoerer und Streb 2013, S. 249).

Erhard selbst verwahrte sich gegen den Begriff des Wirtschaftswunders. Der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands war für ihn „nur die Konsequenz der ehrlichen Anstrengung eines ganzen Volkes, das nach freiheitlichen Prinzipien die Möglichkeit eingeräumt erhalten hat, menschliche Initiative, menschliche Energien wieder anwenden zu dürfen“ (Erhard 1957, S. 157).

Abb. 2 | Entwicklung der Kaufkraft

Innovation und höhere Produktivität erlauben einen guten Lebensstandard bei weniger Arbeit.

Arbeitszeit im Durchschnitt, die in Westdeutschland zum Erwerb von Konsumgütern geleistet werden muss.



Einen Meilenstein der Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft stellte die Verabschiedung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) im Jahr 1957 dar. Böhm war bereits 1949 an einem ersten Entwurf des Gesetzes beteiligt gewesen. Die zentrale Forderung der Ordoliberalen nach einem Kartellverbot wurde im GWB weitgehend umgesetzt, gegen den Widerstand der deutschen Industrie.

Das Kartellverbot basiert auf der Annahme, dass wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen zwischen Unternehmen grundsätzlich zu Lasten der Konsumenten gehen. Eine zweite wichtige Regelung war das Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung. Beide Elemente hielten über die Römischen Verträge auch Einzug in das Wettbewerbsrecht der Europäischen Union (Gerber 1994).

2.2 Die Entwicklung von 1966 bis heute

Den Mitgliedern der Freiburger Schule ging es vor allem um die Gestaltung eines festen Regelrahmens für die Marktwirtschaft. Besonders in Wirtschaftskrisen gibt es jedoch zusätzlich Bedarf für Maßnahmen der makroökonomischen Stabilisierung. Diese Aufgabe wurde von Karl Schiller (1911–1994) betont, der von 1966 bis 1972 Wirtschaftsminister war. In seine Amtszeit fällt die Verabschiedung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes von 1967, das konjunkturpolitische Maßnahmen als Instrument der deutschen Wirtschaftspolitik verankerte.

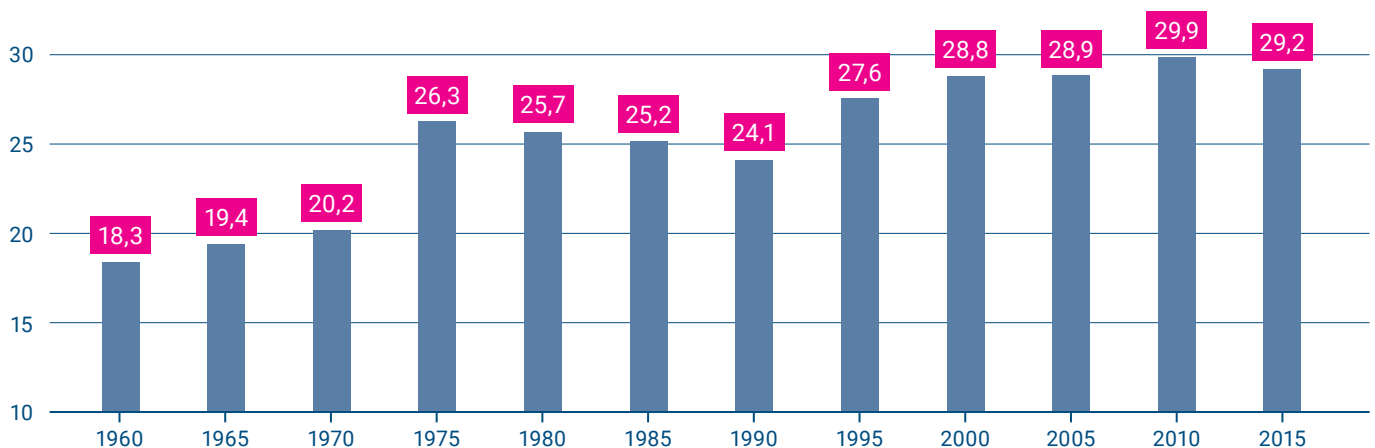
Die im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz definierten gesamtwirtschaftlichen Ziele für das wirtschaftspolitische Handeln von Bund und Ländern werden noch heute als maßgeblich angesehen (Michaelis et al. 2015). Da es zwischen ihnen

zu Zielkonflikten kommen kann, bezeichnet man sie als „magisches“ Viereck. Es handelt sich um 1) ein stabiles Preisniveau, 2) einen hohen Beschäftigungsgrad, 3) außenwirtschaftliches Gleichgewicht – eine ausgeglichene Leistungsbilanz – sowie 4) stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum.

Während in den frühen Jahren der Bundesrepublik marktwirtschaftliche Reformen im Mittelpunkt standen, gewann das Element des sozialen Ausgleichs erst im Laufe der Zeit an Bedeutung. 1957 wurden Leistungserhöhungen im Rentensystem beschlossen. Im Folgenden kam es dann zu einem umfassenden Ausbau des Sozialstaates. Der Anteil staatlicher Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt lag 1960 bei 18,3 Prozent und stieg bis 1995 auf 27,6 Prozent an. Heute hat sich die Sozialleistungsquote bei knapp unter 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts stabilisiert (BMAS 2019, S. 8).

Abb. 3 | Entwicklung der Sozialleistungsquote

Anteil staatlicher Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt (Sozialleistungsquote) in Prozent. Ab 1991 einschließlich neue Länder.



Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Mit der Wiedervereinigung 1990 wurde die Soziale Marktwirtschaft erstmals auch rechtlich als Wirtschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland festgeschrieben (im Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der ehemaligen DDR). Das Grundgesetz von 1949 enthält eine solche Festlegung nicht, auch wenn Grundrechte wie Privateigentum, Vertragsfreiheit und freie Berufswahl ein marktwirtschaftliches System nahelegen. Mit dem 2007 geschlossenen Vertrag von Lissabon bekennt sich auch die Europäische Union zu einer „in hohem Maße wettbewerbsfähige[n] soziale[n] Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt“ (Art. II-3).

Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft genießt in Deutschland über Parteigrenzen hinweg hohe Anerkennung (Fuest 2018). Zwar gibt es Kritiker, die die Bedeutung sozialpolitischer Maßnahmen entweder als zu hoch oder zu niedrig einschätzen; gleichzeitig hat sich das bundes-

deutsche Wirtschaftssystem in den letzten 70 Jahren immer wieder bewährt. Auch schwierige Situationen wie die hohe Arbeitslosigkeit der frühen 2000er Jahre wurden durch kluge ordnungspolitische Rahmensetzung und die solidarische Zusammenarbeit der Tarifpartner überwunden.³ Der darauffolgende wirtschaftliche Aufschwung machte Deutschland in den 2010er Jahren zum Wachstumsmotor Europas.

Heute steht die Soziale Marktwirtschaft vor wichtigen Weichenstellungen, um auf globale Unsicherheiten, den Strukturwandel durch die Digitalisierung sowie sich verschlechternde demographische Bedingungen zu reagieren (siehe Kapitel 4 unten). Damit diese Reformen Erfolg haben, sollten sich die politischen Entscheidungsträger darauf besinnen, worin die Stärke der Sozialen Marktwirtschaft besteht: Einen verlässlichen Regelrahmen für die freie wirtschaftliche und persönliche Entfaltung jedes Einzelnen zu schaffen.

³ Zu Beginn des 21. Jahrhunderts stagnierte in Deutschland das Wachstum. Gleichzeitig stieg die Arbeitslosigkeit; 2005 wurde ein Höchststand von 11,7 Prozent erreicht (Bundesagentur für Arbeit 2020). Die Bundesregierung reagierte auf die Situation mit umfangreichen Strukturreformen, die u. a. die Flexibilität des Arbeitsmarkts verbesserten. Die moderate Lohnpolitik der Tarifvertragsparteien trug zusätzlich dazu bei, dass Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit langfristig verbessert werden konnte (Sachverständigenrat 2013, S. 248–301).

3. Merkmale und Erfolgsfaktoren der Sozialen Marktwirtschaft

3.1 Merkmale der Sozialen Marktwirtschaft

Die Entstehung der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und ihre Entwicklung waren das Resultat besonderer historischer Umstände, die sich selbstverständlich nicht einfach replizieren lassen. Im Folgenden sollen deshalb die allgemeinen Merkmale dieses Wirtschaftssystems herausgearbeitet werden.

Mark Spoerer und Jochen Streb (2013) nennen drei Ansätze, wie das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft abstrakt beschrieben werden kann. Erstens als „*Typ wirtschaftspolitischer Ordnung [...] die durch geeignete ordnungspolitische Institutionen das Funktionieren marktwirtschaftlicher Kräfte gewährleistet*“ (ibid, S.265). Zweitens als ein marktwirtschaftliches System, in dem gesellschaftlich unerwünschte Ergebnisse durch sozialpolitische Eingriffe korrigiert werden. Drittens als ein Wirtschaftsmodell, das freie Marktwirtschaft, Sozialpolitik und Korporatismus verbindet.

Jeder dieser Ansätze beschreibt einen wichtigen Aspekt der Sozialen Marktwirtschaft, so wie sie in der Realität vorzufinden ist.

Freie Marktwirtschaft. Die freie Marktwirtschaft ist wie kein anderes Wirtschaftssystem in der Lage, die Versorgung der Menschen mit Gütern zu gewährleisten. Der Grund dafür ist, dass nur in einer freien Marktwirtschaft das Wissen und die Fähigkeiten aller Menschen nutzbar gemacht werden können. Die Koordination über das Preissystem sorgt zudem für eine effiziente Verwendung der Produktionsmittel und die dynamische Anpassung der Produktion im Zeitablauf (Hayek 1945).

Eine zentrale Aussage der Freiburger Schule besteht darin, dass sich eine freie Marktwirtschaft nicht von selbst einstellt, sondern dass ihre Existenz an institutionelle Voraussetzungen gebunden ist. Die hohe Bedeutung von Institutionen – den Spielregeln des Marktes – für die wirtschaftliche Entwicklung einer Volkswirtschaft hat sich bis heute immer wieder bestätigt. So kann im internationalen Vergleich gezeigt werden, dass die Einkommensunterschiede zwischen verschiedenen Ländern hauptsächlich auf unterschiedliche Institutionen zurückzuführen sind. Alternative Faktoren wie die geographische Lage oder die Kultur spielen dagegen kaum eine Rolle.⁴

Eine freie Marktwirtschaft im Sinne des Ordoliberalismus setzt einen Staat voraus, der das Funktionieren von Märkten garantiert. Dazu muss der Staat vor allem Wettbewerb durchsetzen – auch gegen jene Unternehmen, die sich nicht

dem Wettbewerb stellen möchten. Das Handeln des Staates orientiert sich dabei an den Interessen der Konsumenten, nicht der Unternehmen. Grundsätzlich soll der Staat davon absehen, Einzelnen oder Gruppen wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen. Seine Aufgabe ist vielmehr, einen stabilen Rahmen für unternehmerische Aktivität bereitzustellen.

Mit Einführung der Sozialen Marktwirtschaft wurden in Deutschland diejenigen Institutionen geschaffen, die für eine funktionierende Marktwirtschaft notwendig sind. Diese Institutionen können als direkte Umsetzung von Euckens konstituierenden und regulierenden Prinzipien interpretiert werden: Eine Wettbewerbsbehörde, die Marktmacht verhindert; eine Zentralbank, die sich der Preisstabilität verpflichtet fühlt; oder ein Rechtssystem, das Privateigentum und die Einhaltung komplexer Verträge sichert. Die Voraussetzungen einer funktionierenden Marktwirtschaft erstrecken sich darüber hinaus auf den politischen Bereich. Nur eine liberale Demokratie kann sicherstellen, dass individuelle Rechte auf Dauer geschützt werden.

Eine leistungsfähige Marktwirtschaft hat auch sozialpolitische Implikationen. Dies gilt in zweierlei Hinsicht. Zum einen erfüllt die Marktwirtschaft eine wichtige soziale Funktion, indem sie den Menschen ermöglicht, selbstständig für ihren Lebensunterhalt zu sorgen. Dieser Aspekt wurde besonders von Erhard betont. Zum anderen sind die am Markt erwirtschafteten Einkommen die notwendige Grundlage für spätere Umverteilung.

Sozialpolitik. In der Sozialen Marktwirtschaft wird das marktwirtschaftliche System um sozialpolitische Maßnahmen ergänzt. Dazu zählen etwa die Sozialversicherungen (wie Renten-, Kranken und Arbeitslosenversicherung) sowie die Förder- und Fürsorgesysteme (wie Ausbildungsförderung und Grundsicherung).

Das wichtigste Ziel der Sozialpolitik ist, Solidarität mit den Schwachen in der Gesellschaft zu üben. Die Gründungsväter der Sozialen Marktwirtschaft forderten in der Sozialpolitik die Anwendung des Prinzips der Subsidiarität, das aus der christlichen Soziallehre stammt. Subsidiarität bedeutet, dass Eigeninitiative Vorrang vor staatlicher Fürsorge hat. Die Gemeinschaft soll dann solidarisch tätig werden, wenn der Einzelne sich nicht selbst zu helfen vermag (Eucken 1952/2004, S. 319, 348).

Ein weiteres Ziel der Sozialpolitik besteht darin, für Chancengerechtigkeit zu sorgen. Eine freie Marktwirtschaft wird nur dann die Zustimmung der Menschen finden, wenn sie Aufstiegschancen für jeden bereithält. Jeder Mensch muss die

⁴ Eine der wichtigsten Fragen der Entwicklungsökonomik lautet, warum die Pro-Kopf-Einkommen verschiedener Länder so stark voneinander abweichen. Daron Acemoglu, Simon Johnson und James A. Robinson (2001; 2005) argumentieren, dass diese Unterschiede das Ergebnis unterschiedlicher Institutionen sind. Konkret wird gezeigt, dass Institutionen zum Schutz von Eigentumsrechten zu deutlich höherem Wirtschaftswachstum führen, weil sie Anreize für unternehmerisches Handeln setzen.

Möglichkeit haben, seine Fähigkeiten und Anlagen zu entfalten sowie durch Anstrengungen seine Lebensumstände zu verbessern (Rüstow 1949, 146–152). Chancengerechtigkeit wird in der Praxis durch staatliche Investitionen in Bildung erreicht, insbesondere im frühkindlichen und schulischen Bereich.

Erfolgreiche Sozialpolitik zeichnet sich dadurch aus, dass sie Marktprozesse nicht behindert, sondern im Sinne Müller-Armacks marktkonform oder „mit dem Markt“ durchgeführt wird (Goldschmidt 2004). In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuweisen, dass Sozialpolitik nicht dafür missbraucht werden darf, bestimmte gesellschaftliche Gruppen – etwa die Unternehmen einer bestimmten Branche – vor den Härten des Wettbewerbs zu schützen. Sozialpolitik sollte darauf ausgerichtet sein, Individuen und nicht Gruppen zu helfen.

Korporatismus. Abschließend besteht die Möglichkeit, die Soziale Marktwirtschaft als ein Wirtschaftsmodell zu beschreiben, das freie Marktwirtschaft, Sozialpolitik und Korporatismus verbindet. Korporatismus – heute häufig Sozialpartnerschaft – bedeutet die Einbindung verschiedener wirtschaftlicher Gruppen in politische Entscheidungsprozesse. Auf diese Weise soll ein Ausgleich zwischen gegenläufigen Interessen erreicht werden.

Im internationalen Vergleich wird das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik aufgrund seiner korporatistischen Elemente als eine „koordinierte“ Marktwirtschaft beschrieben.⁵ Laut Peter Hall und David Soskice (2001) handelt es sich dabei um ein marktwirtschaftliches System, in dem Firmen verstärkt untereinander sowie mit dem Staat kooperieren. Koordinierte Marktwirtschaften können von „liberalen“ Marktwirtschaften unterschieden werden, die stärker von wettbewerblichen Beziehungen geprägt sind.

Entscheidend für die Klassifizierung eines marktwirtschaftlichen Systems ist das Verhalten der Unternehmen. Hall und Soskice untersuchen, in welcher Beziehung die Unternehmen einer Volkswirtschaft zu ihren Angestellten, Partnern, Konkurrenten sowie dem Staat stehen. Beispiele für kooperatives Verhalten in Deutschland sind etwa die Mitbestimmung von Arbeitnehmervertretern in Aufsichtsräten, Lohnkoordinierung durch branchenweite Tarifverträge oder die Zusammenarbeit von Unternehmen und Staat im Rahmen der dualen Berufsausbildung (ibid, S. 21–27).

3.2 Soziale Marktwirtschaft in der Praxis: Der Mittelstand

Die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft sind nicht nur das Leitbild deutscher Wirtschaftspolitik, sondern auch die Grundlage des Erfolgs deutscher Unternehmen. Dies gilt in besonderem Maße für die Unternehmen des sogenannten Mittelstands, die allgemein als „Rückgrat“ der deutschen Wirtschaft angesehen werden (Berlemann et al. 2018, S. 22).

Der Begriff des Mittelstands hat zwei Bedeutungen. Zum einen wird er häufig mit kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) gleichgesetzt. Als KMU gelten in Deutschland Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von bis zu 50 Millionen Euro. Die Anwendung dieser quantitativen Kriterien führt zu dem Ergebnis, dass mehr als 99 Prozent der im Unternehmensregister verzeichneten Unternehmen KMU bzw. Mittelständler sind (ibid, S. 25–26). Diese Unternehmen leisten mehr als 50 Prozent der Bruttowertschöpfung und stellen fast 60 Prozent der Arbeitsplätze (BMWi 2019, S. 3).

Im engeren Sinne meint der Begriff des Mittelstands jedoch ein qualitatives Unternehmensmerkmal, nämlich die Führung des Unternehmens durch den Eigentümer. Nach diesem Kriterium können etwa 70 Prozent der deutschen Unternehmen zum Mittelstand gerechnet werden (Berlemann et al. 2018, S. 26). Im Folgenden soll der Begriff Mittelstand ausschließlich im Sinne der Inhaber-Geschäftsführung Verwendung finden. So verstanden ist er nahezu deckungsgleich mit dem Begriff Familienunternehmen (Jahn 2018, S.3).

Die Unternehmen des Mittelstands bzw. Familienunternehmen haben sich zuletzt sehr gut entwickelt. In Umfragen der Jahre 2017 bis 2019 berichten mittelständische Firmen ein durchschnittliches Umsatzwachstum von etwa 10 Prozent pro Jahr (Oskar-Patzelt-Stiftung 2019). Dem globalen Wettbewerb begegnen die Unternehmen durch Schaffung von Effizienz- und Kostenvorteilen: 70 Prozent der KMU geben an, dass sie durch wettbewerbsfähige Preise mit ihren ausländischen Konkurrenten mithalten können (Astor et al. 2016, S. 62–63). Der Mittelstand ist also nicht trotz, sondern wegen des Wettbewerbsdrucks erfolgreich.

In der Literatur werden vier Faktoren genannt, die zu der hohen Leistungsfähigkeit und dem wirtschaftlichen Erfolg des Mittelstands beitragen: Verantwortliche Unternehmensführung, Investitionen in Ausbildung, Spezialisierung sowie Innovationstätigkeit.

Verantwortliche Unternehmensführung. Konstitutiv für den Mittelstand ist die Einheit von Kontrolle und Haftung. Diejenigen, die als Geschäftsführer operative Entscheidungen für das Unternehmen treffen, tragen als (Mit)Eigentümer auch die finanziellen Konsequenzen dieser Entscheidungen. Dies entspricht dem Haftungsprinzip bei Eucken, das sich explizit auch auf unternehmerische Haftung bezieht: „*Wer den Nutzen hat, muß auch den Schaden tragen*“ (Eucken 1952/2004, S. 279).

Die Führung des Unternehmens durch den Eigentümer bedeutet, dass dieser sein Handeln ganz auf den Erfolg des Unternehmens ausrichtet. Prinzipal-Agenten-Probleme, wie sie typischerweise im Verhältnis von Geschäftsführer und Eigentümer auftreten, und die damit assoziierten Kontrollkosten werden vermieden (Jensen und Meckling 1976). Dies macht inhabergeführte Unternehmen effizienter. Darüber hinaus zeichnet sich das Verhalten des Eigentümer-

⁵ Weitere Beispiele für koordinierte Marktwirtschaften sind Japan, die Schweiz, die Niederlande, Belgien, Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland und Österreich (Hall und Soskice 2001, S. 19–21).

Geschäftsführers durch eine langfristige Perspektive aus. Dies unterscheidet ihn vom angestellten Geschäftsführer, der eher den kurzfristigen Erfolg des Unternehmens im Blick hat (Nyberg et al. 2010).

Investitionen in Ausbildung. Mittelständische Unternehmen beteiligten sich besonders stark am deutschen System der Berufsausbildung (BMWi 2019).⁶ Das Verhalten der Firmen kann als Investition in zukünftige qualifizierte Arbeitskräfte aufgefasst werden. Durch die Teilnahme am System der Ausbildung vermeiden die Unternehmen Transaktionskosten, die andernfalls kennzeichnend für den Arbeitsmarkt sind. Beispielsweise können die Unternehmen die individuellen Charakteristika der Auszubildenden beobachten, bevor sie ihnen einen Arbeitsvertrag anbieten (Acemoglu und Pischke 1999).⁷

Spezialisierung. Deutschland ist die drittgrößte Export- und Importnation und weist einen besonders hohen Offenheitsgrad (gemessen an der Summe der Importe und Exporte in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) gegenüber dem Rest der Welt auf. Euckens Prinzip der offenen Märkte hat sich für Deutschland seit Jahrzehnten bewährt.

Der Fokus auf den Außenhandel ist ebenso kennzeichnend für den Mittelstand. Viele Mittelständler verfolgen eine besondere Strategie, um trotz der hohen Kosten des Produktionsstandorts international wettbewerbsfähig zu bleiben.

Sie spezialisieren sich auf die Herstellung eines einzelnen Produkttyps, wodurch es gelingen kann, einen hohen Anteil am Weltmarkt für dieses Produkt zu erreichen. Oft handelt es sich um Nischenprodukte. Aufgrund ihrer relativen Unaufälligkeit werden Unternehmen dieser Art als unbekannte Weltmarktführer oder „Hidden Champions“ bezeichnet (Simon 2009, S. 59–88).

Innovationstätigkeit. Abschließend zeichnen sich die Unternehmen des Mittelstands dadurch aus, dass sie besonders innovativ sind. So kann für Deutschland gezeigt werden, dass der Anteil der Mittelständler in einer Region positiv mit der Anzahl der Patentanmeldungen korreliert (Berlemann und Jahn 2016). Die Zahl der Patentanmeldungen wird dabei als Gradmesser für Innovation betrachtet. Auch fällt der Anteil deutscher KMU, die Produkt- oder Prozessinnovationen einführen – die Innovatorenquote – im Vergleich mit anderen europäischen Staaten sehr hoch aus (Astor et al. 2016, S. 20).

Die Innovationstätigkeit unterstützt die oben genannten Strategie der Spezialisierung, weil sie die Marktposition der Unternehmen festigt (Simon 2009, S. 159–190). Allerdings gibt es Anzeichen, dass die Bereitschaft des Mittelstands zur Innovation abnimmt. Zum Beispiel ist die Innovatorenquote schon seit Beginn der 2000er Jahre tendenziell rückläufig. Ausgaben für Innovation werden in zunehmendem Maße von Großunternehmen getätigt (Astor et al. 2016, S. 14).

4. Ausblick: Ordnungspolitik als ständige Aufgabe

Die Soziale Marktwirtschaft ist ein Erfolgsmodell. Ihre Prinzipien haben sich in den vergangenen 72 Jahren als verlässliche Richtschnur für die deutsche Wirtschaftspolitik erwiesen. Sie hat Deutschland zu einem Land gemacht, das wirtschaftliche Dynamik und soziale Teilhabe vereint.

Ausschlaggebend dafür ist, dass die Soziale Marktwirtschaft den Menschen ermöglicht, ihre individuellen Ziele innerhalb eines stabilen Rechtsrahmens zu verfolgen. Ihr Erfolg basiert auf der Freiheit, Eigeninitiative und Kreativität aller Bürger. Die Leistungsfähigkeit der freien Marktwirtschaft schafft dabei die notwendigen finanziellen Spielräume für eine Sozialpolitik, die sich mit den Schwachen solidarisiert.

Zentrales Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft ist der Wettbewerb. Ihre Gründungsväter waren überzeugt, dass wirtschaftliche Machtpositionen schädlich sind und notfalls durch Regulierung unterbunden werden müssen. Unternehmen sollen im fairen Wettbewerb um die Gunst der Kunden ringen. Auch sozialpolitische Maßnahmen sollen den Wettbewerb auf dem Markt nicht behindern.

Die Soziale Marktwirtschaft beweist, dass es möglich ist, Marktkräften den notwendigen Spielraum zu geben, aber gleichzeitig die Exzesse des Laissez faire-Kapitalismus zu verhindern. Sie liefert damit wertvolle Impulse für wirtschaftspolitische Entscheidungen nicht nur in Deutschland, sondern auf der ganzen Welt: *„Unter den herrschenden Bedingungen inklusives Wirtschaftswachstum, also ‚Wohlstand für Alle‘, wie Ludwig Erhard es genannt hat, zu erreichen, wird aber auch in Zukunft und nicht nur in Deutschland, sondern international, zu den zentralen Herausforderungen der Wirtschaftspolitik gehören“* (Fuest 2018, S. 44).

Die Übertragung von Institutionen in andere kulturelle Kontexte ist keine leichte Aufgabe. Grundsätzlich muss beachtet werden, wie neue Institutionen mit bestehenden formellen und informellen Regeln einer Gesellschaft interagieren (Goldschmidt und Zweynert 2006). Trotzdem kann die Soziale Marktwirtschaft zur Nachahmung empfohlen werden. Eine Übertragung ist insbesondere deshalb möglich, weil die ihr zugrunde liegenden Prinzipien relativ weit gefasst sind und Raum für individuelle Ausgestaltung lassen. Sie geben

⁶ Die Übertragung des dualen Systems in andere Länder ist nicht ohne weiteres möglich, weil es eine Reihe komplementärer Institutionen erfordert (Eichhorst et al. 2015, S. 323–324).

⁷ Dazu passt auch, dass die durchschnittliche Verweildauer der Mitarbeiter in Familienunternehmen mit 13,7 Jahren deutlich über dem Durchschnitt deutscher Unternehmen von 10,8 Jahren liegt (Die Familienunternehmer 2014).

kein starres Regelwerk vor, sondern formulieren allgemeine Grundsätze, die für das Funktionieren einer Marktwirtschaft wichtig sind.

Der erste Schritt auf dem Weg zu Reformen ist die politische Einigung auf die Ziele der Sozialen Marktwirtschaft: Individuelle Freiheit unter dem Gesetz, materieller Wohlstand und ein menschenwürdiges Leben für alle. Diese Ziele sollten auf der ganzen Welt zustimmungsfähig sein. Bei ihrer Umsetzung können die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft eine wertvolle Hilfestellung leisten.

Die Institutionen der Sozialen Marktwirtschaft sind nicht statisch, sondern müssen an sich ändernde Umstände angepasst werden können. Bei der Weiterentwicklung ist zu beachten, dass auch zukünftige wirtschaftspolitische Probleme vorrangig durch Ordnungspolitik – also Regelsetzung – gelöst werden sollten. Wichtige Herausforderungen für Deutschland sind derzeit die Entwicklung des Welthandels bzw. der Globalisierung, der Strukturwandel durch die Digitalisierung, der demographische Wandel sowie die Zerstörung der Umwelt. Die Lösung dieser Probleme wird in einigen Fällen auf europäischer oder sogar internationaler Ebene erfolgen müssen.

Globalisierung. Das freie System des Welthandels, das in den vergangenen Jahrzehnten geschaffen wurde, steht politisch unter Druck. Politiker, die strategische Handelspolitik und die Abschottung nationaler Märkte fordern, finden immer mehr Zustimmung – auch in Europa. Deutschland ist ein Paradebeispiel für die Wohlstand schaffende Wirkung internationaler Arbeitsteilung. Das Land sollte sich deshalb dafür einsetzen, dass das Prinzip offener Märkte im multilateralen, regelbasierten System der Welthandelsorganisation weiter vorangetrieben wird.

Digitalisierung. Der technologische Wandel hat Auswirkungen in vielen Bereichen. Das Geschäftsmodell von Plattformunternehmen wie Amazon oder Facebook erfordert Anpassungen des Wettbewerbsrechts. Das Arbeitsrecht muss zukünftig flexibler werden, etwa bei den Arbeitszeitbestimmungen.⁸ Damit innovative Geschäftsmodelle auch in Deutschland entstehen können, muss die Gründungsfinanzierung verbessert werden. Voraussetzung für die erfolgreiche Nutzung der Digitalisierung ist darüber hinaus eine Ausweitung der Investitionen in Bildung und Weiterbildung.

Demographischer Wandel. Wie auch andere entwickelte Volkswirtschaften sieht sich Deutschland mit einer alternden Bevölkerung konfrontiert. Dies führt zu einem Rückgang der Erwerbstätigen sowie zu einem Fachkräftemangel, wodurch die Wachstumsaussichten getrübt werden. Schwierigkeiten ergeben sich auch für die Sozialpolitik: Im Rentensystem wird die jüngere Generation übermäßig belastet. Eine regelbasierte Lösung besteht darin, das gesetzliche Renteneintrittsalter automatisch an die Entwicklung der Lebenserwartung zu koppeln. Außerdem muss die Einwanderung von Fachkräften erleichtert werden.

Umweltschutz. Die fortschreitende Zerstörung der Umwelt resultiert aus der Tatsache, dass kein angemessener Preis für die Nutzung natürlicher Ressourcen erhoben wird. Euckens Prinzip der Wirtschaftsrechnung entsprechend sollte die Nutzung von Umweltgütern Teil der Kostenkalkulation von Unternehmen und Privatpersonen werden. Dies geschieht heute bereits teilweise durch den Emissionshandel der Europäischen Union. Um eine nachhaltige Klimapolitik zu gewährleisten, sollte sich Deutschland für solche und ähnliche internationale Vereinbarungen zum Schutz der Umwelt einsetzen (Weimann 2020). Markteingriffe zugunsten bestimmter Technologien sind hingegen zu vermeiden.

⁸ Zum Beispiel sieht das Arbeitszeitgesetz eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens elf Stunden nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit vor (§ 5 Abs. 1). Dies steht im Widerspruch zu einer flexiblen Gestaltung der Arbeitszeit im Homeoffice.

Literaturverzeichnis

- Acemoglu, D., Pischke, J.-S.** 1999. Beyond Becker: Training in Imperfect Labour Markets, *Economic Journal* 109 (453), S. 112–142.
- Acemoglu, D., Johnson, S., Robinson, J. A.** 2001. The Colonial Origins of Comparative Development: An Empirical Investigation, *American Economic Review* 91 (5), S. 1369–1401.
- Acemoglu, D., Johnson, S., Robinson, J. A.** 2005. Institutions as a Fundamental Cause of Long-Run Economic Growth, in: Aghion, P., Durlauf, S. N. (Hrsg.), *Handbook of Economic Growth*, Elsevier, Amsterdam, S. 385–472.
- Astor, M., Rammer, C., Klaus, C., Klose, G.** 2016. Innovativer Mittelstand 2025 – Herausforderungen, Trends und Handlungsempfehlungen für Wirtschaft und Politik, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin.
- Berlemann, M., Jahn, V.** 2016. Regional Importance of Mittelstand Firms and Innovation Performance, *Regional Studies* 50 (11), S. 1819–1833.
- Berlemann, M., Jahn, V., Lehmann, R.** 2018. Auswege aus dem Dilemma der empirischen Mittelstandsforschung, *ifo Schnelldienst* 71 (23), S. 22–28.
- Bundesagentur für Arbeit.** 2020. Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf, Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS).** 2019. Sozialbudget 2018, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Berlin.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi).** 2019. Wirtschaftsmotor Mittelstand: Zahlen und Fakten zu den deutschen KMU, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin.
- Die Familienunternehmer.** 2014. Umfrage II. Quartal 2014, Die Familienunternehmer, Berlin.
- Eichhorst, W., Rodríguez-Planas, N., Schmidl, R., Zimmermann, K. F.** 2015. A Road Map to Vocational Education and Training in Industrialized Countries, *ILR Review* 68 (2), S. 314–337.
- Eucken, W.** 1940/1989. Die Grundlagen der Nationalökonomie, Springer, Berlin.
- Eucken, W.** 1952/2004. Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Mohr Siebeck, Tübingen.
- Erhard, L.** 1957. Wohlstand für Alle, Econ, Düsseldorf.
- Fuest, C.** 2018. Soziale Marktwirtschaft: Exportschlager oder Auslaufmodell? Rede anlässlich der Preisverleihung „Impulsrede zur Sozialen Marktwirtschaft“ an ifo-Präsident Clemens Fuest durch den Wirtschaftspolitischen Club Deutschland. Gehalten am 11. September 2018 in Berlin.
- Gerber, D. J.** 1994. Constitutionalizing the Economy: German Neo-Liberalism, Competition Law and the „New“ Europe, *American Journal of Comparative Law* 42 (1), S. 25–84.
- Goldschmidt, N.** 2004. Zur Theorie der Sozialpolitik. Implikationen aus ordnungsökonomischer Perspektive, in: Goldschmidt, N., Wohlgemuth, M. (Hrsg.), *Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft: Sozialethische und ordnungsökonomische Grundlagen*, Mohr Siebeck, Tübingen, S. 63–95.
- Goldschmidt, N., Zweynert, J.** 2006. The Two Transitions in Central and Eastern Europe as Processes of Institutional Transplantation, *Journal of Economic Issues* 40 (4), S. 895–918.
- Hall, P. A., Soskice, D.** 2001. Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage, Oxford University Press, Oxford.
- Hayek, F.** 1945. The Use of Knowledge in Society, *American Economic Review* 35 (4), S. 519–530.
- Jahn, V.** 2018. The importance of owner-managed SMEs and regional apprenticeship activity: evidence from the German Mittelstand, *Empirical Research in Vocational Education and Training* 10 (8), S. 1–21.
- Jensen, M. C., Meckling, W. H.** 1976. Theory of the Firm: Managerial Behavior, Agency Costs and Ownership Structure, *Journal of Financial Economics* 3 (4), S. 305–360.
- Merkel, A.** 2014. Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel. Gehalten am 29. Januar 2014 in Berlin.
- Michaelis, H., Elstner, S., Schmidt, C. M., Bofinger, P., Feld, L. P., Schnabel, I., Wieland, V.** 2015. Keine Notwendigkeit einer Reform des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, Arbeitspapier des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 02/2015, Wiesbaden.
- Müller-Armack, A.** 1946/1976. Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, in: *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration*, Paul Haupt, Bern, S. 19–170.

Müller-Armack, A. 1956/1976. Soziale Marktwirtschaft, in: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration, Paul Haupt, Bern, S. 243–249.

Müller-Armack, A. 1978. The Social Market Economy as an Economic and Social Order, *Review of Social Economy* 36 (3), S. 325–331.

Nyberg, A. J., Fulmer, I. S., Gerhart, B., Carpenter, M. A. 2010. Agency Theory Revisited: CEO Return and Shareholder Interest Alignment, *Academy of Management Journal* 53 (5), S. 1029–1049.

Oskar-Patzelt-Stiftung. 2019. Erfolgsfaktoren und Kennzahlen von etablierten Spitzen-unternehmen: Gesamtauswertung zum 25. Wettbewerbsjahr, Oskar-Patzelt-Stiftung, Leipzig.

Rieter, H., Schmolz, M. 1993. The Ideas of German Ordoliberalism 1938–45: Pointing the Way to a New Economic Order, *European Journal of the History of Economic Thought* 1 (1), S. 87–114.

Rüstow, A. 1949. Zwischen Kapitalismus und Kommunismus, *ORDO Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 2, S. 100–169.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. 2013. Gegen eine rückwärts-gewandte Wirtschaftspolitik: Jahresgutachten 2013/14, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Simon, H. 2009. Hidden Champions of the Twenty-First Century: The Success Strategies of Unknown World Market Leaders, Springer, London.

Spoerer, M., Streb, J. 2013. Neue deutsche Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts, Oldenbourg, München.

Weimann, J. 2020. ETS – Ein Weg zum globalen CO₂-Preis? Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Potsdam.

Zweynert, J. 2008. Die Soziale Marktwirtschaft als politische Integrationsformel, *Wirtschaftsdienst* 88 (5), S. 334–337.

Über den Autor



Dr. Daniel Nientiedt

ist Postdoctoral Research Fellow am Department of Economics der New York University. Während seiner Dissertation an der Universität Freiburg war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl von Professor Lars P. Feld, Forschungsreferent am Walter Eucken Institut und Research Fellow am Center for the History of Political Economy an der Duke University. Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich der Neuen Politischen Ökonomie und Ordnungsökonomik sowie der Geschichte des ökonomischen Denkens.

